

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSOA-ZITIG NR. 191
SEPTEMBER 2022

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Die Befürworter*innen des F-35 sind mit dem Versprechen angetreten, dass die geplante Beschaffung transparent ablaufen würde. Dass dies nicht eingehalten wurde, überrascht nicht. Wie auf Kritik am Beschaffungsprozess reagiert wurde, hingegen schon. SEITE 3

«**Schwarzer Schnee**» heisst ein 2019 veröffentlichtes Lied von Pussy Riot, in welchem sie die Umweltzerstörung, die Putin betreibt, anprangern. In der Ukraine zündet die russische Armee nun als Kriegstaktik Weizenfelder an. Die Umweltschäden des Ukraine-Kriegs. SEITE 4



Über 150'000 getötete Menschen, 4 Millionen Vertriebene und 20 Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind: Dies ist die Bilanz von sieben Jahren Bürgerkrieg im Jemen. Auch wurden zahlreiche Kinder zu Soldaten ausgebildet. SEITE 6

INITIATIVE «STOP F-35» EINGEREICHT!



Liebe Leser*innen

Endlich ist es soweit: Wir haben unsere Stop-F-35-Initiative eingereicht! Dank eurem Engagement konnten wir am 16. August über 102'000 gültige Unterschriften gegen den F-35 bei der Bundeskanzlei einreichen. Wir geben in dieser Ausgabe deshalb einen kleinen Rückblick auf die Sammelphase und die Einreichung der Initiative und beleuchten das demokratisch fragwürdige Vorgehen des VBS. Die skandalreiche Kampfjet-Beschaffung erinnert an das Mirage-Fiasko von 1964, welchem wir ebenfalls einen Artikel gewidmet haben.

In der Ukraine herrscht auch nach über einem halben Jahr noch Krieg, mit katastrophalen Folgen für unzählige Menschen. Jedoch sind auch die Umweltschäden, die der russische Autokrat mit seinem Angriffskrieg anrichtet, für die globale Umweltpolitik nicht zu vernachlässigen. Wir berichten von seinen direkten Verbrechen und deren indirekten, weltweiten Folgen.

So absurd es auch ist, aus diesem schrecklichen Krieg wird massiv Profit geschlagen: Bei den Rüstungskonzernen klingeln die Kassen nun seit Monaten beinahe unaufhörlich. Im vergangenen halben Jahr wurden Waffen im Wert von über 500 Millionen Franken aus der Schweiz exportiert, was einen Anstieg von über 150 Millionen im Vergleich zum selben Zeitraum 2021 darstellt. Der vorherrschende Schockzustand wurde auch vom VBS kräftig ausgenutzt: Im Mai beschloss das Parlament, das Armeebudget um sage und schreibe 2 Milliarden zu erhöhen.

Ausserdem in dieser Ausgabe: Die Rekrutierung von Kindern für den Krieg der Huthi-Rebellen, welchem bereits zahlreiche Menschen zum Opfer gefallen sind, sowie einige Gedanken zum Israel-Palästina-Konflikt auf Seite 6.

Wir wünschen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre!

Anna Lindermeier
und das gesamte Redaktionsteam.

Impressum

Redaktion: Anna Lindermeier, Anja Gada, David Raccaud, Fabio Briante, Josef Lang, Jonas Heeb, Jonas Kampus, Joris Fricker, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Maxime Weissbaum, Oger, Pauline Schneider, Wanda Siegfried, Vanessa Bieri

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/ Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

SAMMELPHASE

Festivalbesuch mal anders

Auch die heissen Sommermonate waren von der Unterschriftensammlung gegen den F-35 geprägt. Nach der langen Pause für Festivals, Konzerte und weitere Events war der Andrang um so grösser. An den verschiedensten Orten versammelten sich Menschenmassen – perfekte Voraussetzung für eine erfolgreiche Unterschriftensammlung. JONAS HEEB

Ob städtische Quartierfeste, Openair-Kinos oder grosse Festivals wie jenes auf dem Gurten in Bern: Die GSoA ruhte sich nicht aus, sondern blieb gemeinsam mit den Grünen und der SP dran, die Unterschriften für die Stop-F-35-Initiative zusammenzubekommen – mit Erfolg. Das Bedürfnis zu unterschreiben war gross. Die Leute wollen über das grösste Rüstungsprojekt der Schweiz abstimmen, erst recht nachdem ständig neue Schlappen von Viola Amherd und dem VBS aufgedeckt wurden (siehe Seite 3). Die Sammelnden spürten, dass viele Menschen

sich für dumm verkauft fühlten und oftmals unabhängig vom politischen Lager ihre Unterschrift gaben.

ZUR EILE GEZWUNGEN

Dazu muss gesagt werden, dass wir nicht ohne Grund im Hochsommer einen solchen Effort betrieben. Obwohl wir bis im März 2023 Zeit mit der Unterschriftensammlung hätten, zwingt uns Bundesrätin Amherd zu einer aussergewöhnlichen Eile. Mit ihrer Drohkulisse, die Kaufverträge bereits im Herbst zu unter-

schreiben (obwohl diese erst Ende März auslaufen, was bis zum Angriff Putins auf die Ukraine nie ein Problem zu sein schien), sahen wir uns gezwungen, vorwärts zu machen. Denn entgegen der vielgesagten Behauptung sind wir nicht die Verzögernden, sondern bieten Hand für eine reibungslose und bitter nötige Volksabstimmung.

Zu dem Zeitpunkt, wenn diese Zeitung Sie, liebe Abonnent*innen, erreicht, wird die Initiative gegen den F-35 eingereicht sein. Wir hoffen schwer, dass sich Bundesrat und Parlament von ihrer undemokratischen Haltung lösen und mit der Beschaffung des Krisenflugzeugs F-35 bis nach der Abstimmung zuwarten. Denn wer weiss, was in der Zwischenzeit sonst noch für Versteckspiele des VBS zum Vorschein gekommen sind.

ÜBER 100'000 UNTERSCHRIFTEN

Volksinitiative «Stop F-35» ist eingereicht!

Am 16. August war es soweit: Gemeinsam mit den Grünen und der SP reichten wir über 100'000 Unterschriften gegen den Kauf des Tarnkappenbombers F-35 ein. Damit geht eine intensive Sammelphase zu Ende. Nun liegt der Ball bei Bundesrat und Parlament. JONAS HEEB

Nach nicht einmal einem Jahr Sammelzeit konnten wir im August über 100'000 Unterschriften der Stop-F-35-Initiative bei der Bundeskanzlei einreichen. Die Gründe sind bekannt: Überteuert, überdimensioniert, fehleranfällig. Ausserdem verging kaum eine Woche, ohne dass neue Widersprüche und Ungereimtheiten des VBS rund um die Beschaffung des F-35 auftauchten. Grund genug, das Volk über diesen Kauf, der uns bis zu 25 Milliarden Franken Steuergelder kosten könnte, abstimmen zu lassen.

Wir haben unseren Teil dazu geleistet. Doch obwohl wir mit der Unterschriftensammlung bis im März 2023 Zeit gehabt hätten, sehen wir uns nach wie vor mit Verzögerungsvorwürfen konfrontiert. Die Kaufverträge für den F-35 laufen im selben Monat des nächsten Jahres aus. Wir boten Hand und haben die Unterschriften schnellstmöglich gesammelt. Dies gestaltete sich aufgrund des Coronawinters und der unver-

schämten Einmischung von Bundesrätin Viola Amherd leider etwas schwerer. Dennoch haben wir es in weniger als einem Jahr geschafft.

Nun liegt der Ball bei Bundesrat und Parlament. Sie haben uns zur Eile gezwungen, nun liegt es an ihnen, eine Abstimmung vor dem Auslaufen der Kaufverträge zu ermöglichen. Wenn der politische Wille dafür aufgebracht werden kann, ist dies möglich. Und dies erwarten

wir auch, nachdem die Beschaffung plötzlich massiv vorangetrieben wurde, wir von Amherd zum Abbruch der Initiative aufgefordert wurden und dem ganzen Geschäft aufgrund verschiedener Berichte, die diversen Aussagen vom VBS widersprechen, ein noch höheres Gewicht verliehen wurde.

Wir bleiben dabei: Das Volk muss über das grösste Rüstungsprojekt der Schweizer Geschichte abstimmen können, erst recht, wenn es so fragwürdig ist, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle und die Geschäftsprüfungskommission zur Überprüfung des Beschaffungsprozesses aufgebeten werden.

Einreichung auf der Bundesterrasse.
Foto: GSoA



Maturaarbeit von Joris Fricker, «Verlieren und trotzdem gewinnen. Die Geschichte der GSoA»

40 Jahre GSoA – Wir haben vieles schon erlebt mit dir!

Die GSoA wurde am 12. September 1982 gegründet. Federführend bei der Bildung der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» waren die Jungsozialist*innen. Es bestand in der JUSO im Jahre 1981 das Bedürfnis, abzuklären, ob und wie die Armee mittels einer Volksinitiative abgeschafft werden könnte. So wurde auch der Grundstein zum späteren Herzstück der GSoA geschaffen: Die Armeeabschaffungsinitiative. JORIS FRICKER

Aus guten Gründen entschied sich die Jungpartei der SP dafür, dieses Anliegen in eine neue Organisation zu übertragen und so einer grösseren Zielgruppe zu öffnen: Die GSoA war geboren. Interessant dabei ist, dass die GSoA zuerst «Kientaler Gruppe» heissen sollte, da man die Gründungsveranstaltung im Kiental durchführen wollte. Exakt da, wo sich im Ersten Weltkrieg Pazifist*innen im Rahmen der «Zimmerwalder Bewegung» zu Gesprächen getroffen hatten. Doch aus dem wurde nichts. Der Wirt der dortigen «Beiz» verhinderte die Gründungs-

veranstaltung aus Angst vor Repressalien. So zügelte man den Gründungsort kurzerhand nach Solothurn ins Restaurant Kreuz.

Was nach der Gründung folgte, ist hinlänglich bekannt: Im Kalten Krieg und inmitten einer durchmilitarisierten Schweiz sammelte die GSoA beachtliche 111'000 Unterschriften. Man nutzte die Gunst der Stunde, als die Initiative im schicksalsträchtigen Jahr 1989 zur Abstimmung kam. Die GSoA führte eine unglaubliche Kampagne und erreichte beachtliche 35.6% Jastimmen zur Abschaffung der Armee. Die GSoA bescherte

der Schweizer Armee somit eine der grössten Niederlagen der Geschichte. Weitere friedenspolitische Meilensteine folgten. So sammelte man innerhalb nur eines Monats rekordverdächtige 500'000 Unterschriften gegen den Kampfflieger F/A-18. Oder man war massgeblich Teil des öffentlichen Druckes, der zur Einführung des Zivildienstes geführt hatte. Leider war auch die GSoA nicht von Rückschlägen gefeit. Dazu gehörte die zweite Armeeabschaffungsinitiative 2001, die durch den Terroranschlag 9/11 stark an Durchschlagskraft verloren hatte. Oder auch die Initiative für die Abschaffung der Wehrpflicht im Jahre 2013, die vom Stimmvolk nur wenig goutiert wurde. Doch die neuerlichen Erfolge wie der Sieg über den Gripen oder das sehr gute Resultat der Kriegsgeschäfteinitiative machen noch immer Lust auf mehr. Die GSoA ist somit auch 40 Jahre nach ihrer Gründung ein schlagkräftiger Player, den es angesichts des Ukrainekrieges oder der kommenden Stop F-35 Abstimmung mehr denn je braucht! *Gesamter Text kann per Mail bei joris.fricker@bluewin.ch angefragt werden.*

F-35-BESCHAFFUNG?

Lieber Kampfjets als die Demokratie

Die Kampfjetbefürworter*innen sind mit dem Versprechen angetreten, dass die geplante Kampfjet-Beschaffung transparent und nachvollziehbar ablaufen würde. Dass dieses Versprechen nicht eingehalten werden konnte, überrascht nicht. Wie Kampfjetbefürworter*innen auf Kritik am Beschaffungsprozess reagieren, ist hingegen sehr überraschend.

MARTIN PARPAN

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat in einem Bericht aufgezeigt, dass mit dem geplanten F-35-Kauf ein deutlich grösseres finanzielle Risiko einhergehen würde, als dies das VBS bislang kommunizierte. Es gehört zu einer funktionierenden Demokratie, dass bei Geschäften von dieser Tragweite Aufsichtsorgane, in diesem Falle die EFK, Kontrollfunktionen übernehmen. Es würde auch zu einer funktionierenden Demokratie gehören, dass der Adressat vom Bericht, in diesem Falle das VBS, die Erkenntnisse vom Bericht entgegennimmt und seinerseits dazu seriös Stellung bezieht. Schliesslich wurde die Armasuisse, welche die Beschaffung abwickelt, von der EFK genau dazu aufgefordert.

WER HINTERFRAGT WIRD ZUM FEIND

Die Reaktion von Armasuisse war dann aber mehr als überraschend. Anstatt seriös in die inhaltliche Diskussion einzusteigen, wählte die Armasuisse die Taktik, die Glaubwürdigkeit der EFK zu untergraben. Wer sich im Projekt nicht auskenne, erhalte wegen der EFK nun ein falsches Bild – monierte die Armasuisse. Mehr noch: Der Projektverantwortliche der Arma-

suisse beschuldigte die EFK, dass sie mit ihrem Bericht «den Schutz der Bevölkerung gefährde». Somit versucht die Armasuisse vom eigentlichen Problem, nämlich der Tatsache, dass in Bezug auf die Beschaffungs- und Betriebskosten höchste Intransparenz herrscht, abzulenken. Lieber will man die Glaubwürdigkeit der EFK schwächen. Dass die EFK gar zum «Gefährder» für die Sicherheit der Schweiz abgestempelt wird, ist unprofessionell und aus demokratiepolitischer Sicht mehr als heikel. Die EFK ist Kontrollorgan und nicht politischer Gegner. Die Argumentationslinie, welche einfach gesagt heisst, wer widerspricht wird zum Feind, ist sonst vor allem in populistisch regierten Staaten verbreitet. Donald Trump zelebrierte dieses System seinerzeit dauernd, indem er Kritiker diskreditierte, verhöhnnte und vor ihnen warnte, ohne auf deren Argumente einzugehen.

DEMOKRATIE? LIEBER NICHT.

Was lernen wir daraus? Erkenntnis 1: Im VBS scheint man bereit zu sein, zu Gunsten vom Kauf der F-35-Kampfjet demokratische Prozesse zu untergraben. Erkenntnis 2: Wer geglaubt hatte, dass ein allfälliger F-35-Kauf de-

mokratiepolitisch sauber ablaufen würde, der sieht sich nun getäuscht. Erkenntnis 3: Wer bisher schon davon überzeugt war, dass bei Rüstungsgeschäften Täuschung, Ungereimtheiten und notfalls Lügen Bestandteil vom Geschäftsmodell sind, der dürfte sich bestätigt fühlen.



Demokratische Prozesse scheinen für dieses Flugzeug gerne untergraben zu werden.

Foto: © Orlando Bassi, Militärflugplatz Emmen. (unsplash.com)

KAMPFJET-SKANDAL

Die Mirage-Affäre

Am 21. Juni 1961 beschloss das Bundesparlament den Kauf von hundert Mirage-Kampfjets für 871 Millionen Franken. Am 24. April 1964 musste der Bundesrat dem National- und Ständerat einen Zusatzkredit von 576 Millionen beantragen. Der dadurch ausgelöste Skandal führte zu Rücktritten und zur Reduktion auf 57 Flugzeuge.

JOSEF LANG

Das Protokoll der entscheidenden Bundesratssitzung vom 28. Februar 1964 ist hochspannend und höchst aktuell. Wie wichtig das Traktandum «Mirage, Beschaffung, Zusatzkredite» war, zeigt sich im Umstand, dass alle sieben Bundesräte das Wort ergriffen. Eröffnet wurde die Diskussion von Paul Chaudet, dem freisinnigen Chef des Eidgenössischen Militärdepartements (EMD, heute VBS): «Es handle sich um eine sehr peinliche Angelegenheit». Was die «Gründe für die riesige Kostenüberschreitung» betrifft, erwähnte Chaudet zuallererst den «Einbau einer anderen Elektronik», deren Kosten «viel zu niedrig geschätzt» worden seien. Aber «man werde eine Maschine von grosser Klasse herausbringen.» Nicht erwähnt wurde, dass zur «Klasse» die Atomtauglichkeit gehörte.

«PERFEKTIONISMUS UND MANIE DES MEHRZWECKES»

Der katholisch-konservative Vorsteher des Finanzdepartements, der Walliser Roger Bonvin (KVP, heute Mitte), stellte fest, «dass es sich hier um eine Angelegenheit handle, die uns sehr

grosse Schwierigkeiten bringen werde». Besondere «Mängel aufgezeigt» habe «die Arbeitsmethode zwischen dem EMD und dem Bundesrat und zwischen Bundesrat und eidgenössischen Räten». Der sozialdemokratische Verkehrs- und Energieminister Willy Spühler fand, «dass man hier einen recht schweren Brocken werde schlucken müssen». Aber «man sei» schon bei der «ersten Miragebotschaft etwas unter dem Eindruck gestanden, dass man sich finanziell in ein Abenteuer begeben». Dem fügte er bei: «Die Forderung, immer das Beste haben zu wollen, führe automatisch zu Kostenüberschreitungen.» Dessen Parteikollege Hans-Peter Tschudi vom Departement des Inneren verlangte, «man sollte zuerst prüfen, ob man nicht doch noch etwas bremsen und einsparen könne». Traugott Wahlen (BGB, heute SVP), der sich ein Jahr zuvor als Aussenminister für einen Atomwaffenverzicht eingesetzt hatte, kritisierte: «Unsere militärischen Fachleute neigen ganz einseitig zum Perfektionismus, ohne viel staatsbürgerliches Verständnis zu besitzen.» Der Wirtschaftsminister Hans Schaffner hielt sich – wohl

aus Rücksicht auf seinen Parteikollegen Chaudet – etwas zurück. Dafür fiel seine Kritik umso treffender aus: «Der Perfektionismus und die Manie des Mehrzweckes sei eine schweizerische Sucht, die man überall, nicht nur beim Militär finde.» Bundespräsident Ludwig von Moos (KVP) unterstützte den EMD-Chef, forderte aber die Prüfung von «Brems- und Sparmassnahmen».

Nach den sieben Voten beteuerte der Chef des Militärdepartements noch einmal, dass die zuständige Arbeitsgruppe «uns tatsächlich die beste Maschine vorgeschlagen» habe. Und der Chef des Finanzdepartement machte im Zusammenhang mit den wachsenden «Mehrkosten» die Unterstellung: «Da spiele etwas nicht.»

«TENDENZIÖS, UNSORGFÄLTIG, IRREFÜHREND»

Als der Entwurf zu einer Mirage-Zusatzkosten-Botschaft aus dem EMD vorlag, setzte das Finanzdepartement in seinem Mitbericht vom 8. April 1964 noch einen drauf. Angesichts «des beängstigenden Anstiegens der Kostenprogression» betonte Bonvin, dass früher «durchwegs von einem erprobten und serienreifen Flugzeugtyp die Rede» gewesen war. Zudem würden «die Unterlagen beträchtliche Lücken aufweisen» und seien «ganz allgemein zu optimistisch gehalten». Allgemein hielt der Finanzminister fest, dass es «sich leider nicht übersehen» lässt, «dass das Verhältnis zwischen Aufwand und Rendement der Flugwaffe immer ungünstiger

wird.» Am Schluss betonte der Walliser Bundesrat, dass sein Departement «bei der Miragebeschaffung immer wieder zur Zurückhaltung aufgerufen und vor Fehleinschätzungen gewarnt hat, heute aber feststellen muss, dass sämtliche Befürchtungen noch übertroffen wurden». Deshalb «sehen wir uns leider ausserstande, das Militärdepartement in diesem Geschäft zu unterstützen.»

Der Zusatzkredit kam im Bundesrat trotzdem durch, scheiterte aber im Bundesparlament. Dieses setzte erstmals in der Schweizer Geschichte eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) ein. Dessen Urteil im 138-seitigen Schlussbericht vom 1. September 1964 war vernichtend: «Die Botschaft 1961 war zum Teil tendenziös, zum Teil unsorgfältig und an einzelnen Stellen geradezu irreführend abgefasst.» In der Folge wurde der Fliegerchef Etienne Primault entlassen und der Generalstabschef Annasohn und Bundesrat Chaudet traten zurück. Zudem wurde der Lieferumfang auf 57 Maschinen reduziert. Auch so brauchte es noch Nachtragskredite von 350 Millionen.

Als weitere Folge der Mirage-Affäre wurde 1967 das Bundesgesetz für die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) geschaffen, um deren Unabhängigkeit zu stärken. Diese bleibt den Stahlhelmen ein Dorn im Auge. Die EFK hat die Kampfjetbeschaffung 2022 so kritisch betrachtet, wie die Miragebotschaft von 1961 hätte betrachtet werden müssen.

UKRAINE

UMWELTZERSTÖRUNG

Schwarzer Schnee

Seine Politik der Umweltzerstörung setzt Putin auch in der Ukraine fort. Mit dem Beschuss von Atomkraftwerken und Industrieanlagen gefährdet er die Existenz von Millionen von Menschen. Die ökologischen Auswirkungen des Angriffskrieges spüren dabei nicht nur die Menschen in der Ukraine, sondern auch jene, die weltweit unter dem neuen Öl- und Gasboom und den ausfallenden Weizeernten leiden. JONAS KAMPUS

Черный снег над Россией. Заставляет кашлять кровью. В русских-русских реках течет красная вода.

Diese Zeilen stammen aus «Black Snow», einem 2019 veröffentlichten Lied der russischen Punkband Pussy Riot. In diesem Abschnitt wird besungen, wie der Schnee in Russland schwarz sei, die Menschen Blut husten und die Flüsse sich rot färben würden. Das Rot in den Flüssen stammt dabei von Industrieabfällen wie Eisen, Nickel oder Treibstoffen. Zusammen mit dem Protestlied veröffentlichte die Band einen offenen Brief an Putin, in dem sie die zahlreichen Umweltschäden in Russlands Norden und die Verfolgung russischer Umweltschützer*innen anprangerten.

Wenn russische Einheiten in der Ukraine zurzeit Weizenfelder anzünden, färbt sich dabei

nicht der Schnee, sondern die Erde schwarz, die Politik der verbrannten Erde setzt Putin dabei in der Ukraine fort. Umweltzerstörung wird in fast allen Kriegen als Waffe eingesetzt. Diese fügt der lokalen Bevölkerung nachhaltig, teilweise über Jahrzehnte hinweg Schäden hinzu. Vietnamesische Kinder leiden immer noch unter dem Einsatz des Entlaubungsmittels Agent Orange durch die US-Armee im Vietnamkrieg. Erdogan setzt seit Jahren auf diese Taktik, indem er den Menschen in Rojava in Nordostsyrien durch Aufstauen der grossen Flüsse Tigris und Euphrat die lebensnotwendige Wasserversorgung vorenthält oder die türkische Armee ebenfalls Weizenfelder anzündet.

Bereits am ersten Tag des Überfalls auf die Ukraine marschierten russische Soldaten im Sperrgebiet rund um das zerstörte Kernkraftwerk in Tschernobyl auf. Diese mussten mittlerweile

aufgrund ihrer starken radioaktiven Exposition in Russland medizinisch behandelt werden. Die Gefahr einer kriegerischen Eskalation durch die Instrumentalisierung der Naturkräfte bestand also von Beginn weg. In den ersten Kriegswochen beschoss die russische Armee das grösste Atomkraftwerk Europas. Eine Rakete verfehlte den Nuklearreaktor dabei nur um wenige Dutzend Meter. Das AKW liegt seit der Einnahme durch Russland seit Monaten an vorderster Front und wird zur militärischen Festung ausgebaut. Putin nimmt damit grosse Teile Europa, Asiens und des Nahen Ostens in Geiselhaft, denn ein ukrainischer Angriff könnte zu einer zweiten Tschernobyl-Katastrophe führen.

Unabhängig davon, wie lange dieser Krieg noch anhalten wird, die ukrainische Bevölkerung wird seine Folgen durch verseuchte Gewässer und Böden, vermint Landstriche, zerstörte Flora und Fauna noch lange spüren. Das ukrainische Umweltministerium sammelt die Umweltverbrechen Russlands mit dem Ziel, mit diesen in Den Haag vorstellig zu werden. Dies würde einen Präzedenzfall schaffen, der wohl auch Auswirkungen auf andere Kriege, etwa in Syrien oder Myanmar, hätte.

Der Ukrainekrieg verursacht aber nicht nur lokale Schäden, sondern führt aufgrund des ho-

hen Preises auf fossile Brennstoffe zu einem Frackingboom in den USA, einer totgesagten Industrie, und neuen Förderabkommen mit autoritären Staaten wie dem erdölreichen Venezuela oder dem Gaslieferanten Katar. Bereits bestehende lokale Umweltprobleme wie etwa toxische Seen rund um den Azovstal-Komplex in Mariupol, gekoppelt mit einer sich zuspitzenden globalen Klimakrise, liefern einen explosiven Mix in einer Kriegssituation, wie wir dies zurzeit in der Ukraine erleben. Diese multiplen Krisen verlangen gemeinsame Antworten. Unsere Arbeit als GSoA muss darin bestehen, den Schweizer Öl- und Gashandel mit Russland zu verbieten, einen ökologischen Wiederaufbau der Ukraine zu fordern und den russischen Widerstand, insbesondere die Umweltbewegung, zu unterstützen. So erreichen wir, dass in Russland und der Ukraine auch noch in Zukunft Schnee fällt, welcher wieder weiss und nicht mehr schwarz oder rot sein wird.

Zerstörte Infrastruktur und leidende Natur in Kiev. Foto: Алесь Усцінаў (www.pexels.com)



RÜSTUNGSKONZERNE

Hilfe oder Geschäft?

Die Solidarität mit der Ukraine nach dem 24. Februar war im Westen so gross wie wohl kaum einmal bei Ausbruch eines Kriegs. Alle wollten helfen und man war sich politisch schnell einig, dass ein Krieg als erste Hilfe Kriegsmaterial benötige. Die in Gang gesetzte Aufrüstung, nicht nur im Kriegsgebiet, scheint schon jetzt Gewinner hervorzubringen. Doch wer profitierte vom Blutvergiessen anderer? Aktuelle Zahlen zeichnen ein recht eindeutiges Bild. VANESSA BIERI

Es ist wohl kaum ein Geheimnis, dass Rüstungsfirmen von Kriegen und Konflikten profitieren. Und auch wenn bei den jährlichen Waffenexporten immer wieder versichert wird, dass man nicht in Kriegsgebiete liefere und die Waffen nur zu Trainings- und Sicherheitszwecken genutzt würden, taucht immer wieder auch Schweizer Kriegsmaterial in Kriegen auf. So wurden zum Beispiel auch letztes Jahr Bomben,

Torpedos, Raketen und Flugkörper im Wert von 2,6 Millionen Franken an die Türkei geliefert, welche nun erneut kurdische Gebiete angreift – auch mit Schweizer Waffen?

WAFFEN STATT ERSTE HILFE

Der Ukrainekrieg hat die Waffendiskussion grundlegend verändert, denn in der öffentlichen Wahrnehmung scheint dieser Krieg nicht nur



Waffen für die Ukraine. Foto: © Foreign Policy

näher als andere Kriege, sondern auch zweifellos besser in ein Schwarz-Weiss-Bild zu passen. Der Westen stellte sich von Anfang an nicht nur ge-eint hinter die Ukraine, sondern scheinbar auch hinter den Lösungsansatz von Waffenlieferungen. So wurden der Ukraine seit Kriegsbeginn bis zum 1. Juli 80.7 Milliarden Euro staatliche Hilfe versprochen. Nur gerade mal 12.9 Milliarden davon war humanitäre Hilfe, während die militärische Hilfe ganze 36.7 Milliarden umfasste. Dies zeigen Erhebungen des Kiel Instituts für Weltwirtschaft.

Doch nicht nur die Kriegsparteien rüsteten auf, sondern auch der Rest von Europa versucht ein Sicherheitsgefühl mit Waffen zu schaffen. Allen voran Deutschland, wo man schon im Mai eine Aufstockung der Bundeswehr um 100 Milliarden diskutierte und im Juni verabschiedete. Die Schweiz zog mit und knüpft das Armeebudget zukünftig an das Bruttoinlandsprodukt (BIP), was in Zeiten von Klimakrise und AHV-Loch absolut absurd ist. Und auch die NATO, angeführt von den USA, plant ihre Kampfkraft mit der Aufstockung der schnellen Eingreiftruppe von 40'000 auf 300'000 Soldaten zu stärken, so der Entscheid am NATO-Gipfel in Madrid.

DIE GEWINNER DES KRIEGES

Die blinde Aufrüstung freut aber nicht nur Militär- und Kriegsfanatiker*innen, sondern vor allem die Rüstungsfirmen. Der amerikanische Rüstungsriese Lockheed Martin verzeichnete nach dem 24. Februar in kürzester Zeit Rekordwerte auf dem Aktienmarkt und auch europäische Firmen waren hoch im Kurs. Wertpapiere des Rüstungsunternehmens Rheinmetall beispielsweise, steigerten ihren Wert nach Ausbruch

des Krieges um weit über 100 Prozent. Dies nicht zuletzt, weil sie potenziell von den 100 Milliarden «Sondervermögen» der deutschen Armee profitieren. Möglich wäre ein Auftrag von schweren Kriegsgeräten in Höhe von 42 Milliarden Euro. Auch Heckler & Koch, ihres Zeichens weltweit führender Hersteller von Handfeuerwaffen, verkündete in der ersten Jahreshälfte einen Mehrgewinn von 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Schweiz ist dabei auf mehreren Ebenen beteiligt. Als attraktiver Standort für Rüstungsfirmen kommt ein beträchtlicher Teil der Produkte zur Aufrüstung, beispielsweise von Rheinmetall, aus der Schweiz. Besonders Thun und das Berner Oberland haben eine lange Geschichte der Waffenproduktion und beheimaten im Moment international bekannte Firmen wie die RUAG und das schwedische Unternehmen Saab. Beide Firmen profitieren laut Swissinfo momentan von Aufträgen der NATO-Länder. Auf der anderen Seite fördert die Schweiz den Waffenboom durch ihre eigene Einkaufsliste. Angeführt wird diese vom geplanten Kauf der amerikanischen Tarnkappenbomber F-35, welche nicht nur die Gewinnsträhne von Lockheed Martin massgeblich unterstützen wird, sondern auch den Rest des Armeebudgets in kürzester Zeit verpuffen könnte.

FRUSTRIERENDES FAZIT

«Ein Krieg hat keine Gewinner*innen» - zumindest nicht an der Front. Doch wirtschaftlich gesehen gibt es Profiteur*innen, welche mit dem Tod anderer viel Geld verdienen. Und wenn wir uns schon in anderen Fragen nicht einig werden, dann zumindest bei jener, ob wir dieses System unterstützen wollen.

KRIEGSMATERIAL

Illegale Kriegsmaterialexporte gehen fröhlich weiter

Wenn die Waffenexporte im zweiten Halbjahr genauso weitergehen wie im ersten wird 2022 das erste Jahr sein, in dem die Schweiz mehr als eine Milliarde Franken mit Tötungswerkzeugen einnimmt. Dank der Korrektur-Initiative sind viele dieser Exporte seit dem ersten Mai sogar auf Gesetzesstufe statt auf Verordnungsstufe illegal. LUKAS BÜRGI

Wie immer kann man die Exporte grob in zwei Kategorien teilen: Solche an mehr oder weniger demokratische Länder, die aber trotzdem zum Teil militärische Konflikte anzetteln oder verlängern. Und solche Länder, bei denen einen die Haare zu Berge stehen, wenn man sich überlegt was für gefährliche Unrechtsregimes von der Schweiz mit Mordwaffen versorgt werden.

In der ersten Kategorie ist in diesem Halbjahr vor allem brisant, dass viele dieser Länder ihre Bestellungen in der Schweiz wohl tätigen, um die Ukraine mit Kriegswaffen versorgen zu können: Es ist zwar verboten, Schweizer Kriegsmaterial direkt an die kriegsführende Ukraine weiterzugeben. Aber es ist natürlich möglich, in anderen Ländern gekauftes Kriegsmaterial an die Ukraine weiterzugeben und stattdessen den eigenen Bedarf mit Schweizer Kriegsmaterial zu decken. So profitiert auch die Schweizer Kriegsindustrie ziemlich direkt von Putins Angriffskrieg.

Weiterhin besteht sogar die Gefahr, dass in der Schweiz gekaufte Baugruppen von Kriegsmaterial im Ausland in anderes Kriegsmaterial eingebaut und dann direkt an Länder geliefert werden, an die der direkte Export verboten wäre. Zum Beispiel könnte eine Schweizer Kanone in einen Deutschen Panzer eingebaut und dann

in die Ukraine geliefert werden – ob dieses Beispiel tatsächlich so passiert, ist unklar. Aber Artikel 18, Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes erlaubt ausdrücklich, ohne jegliche Kontrolle oder auch nur Aufsicht Kriegsmaterial an jeden beliebigen Endempfänger zu exportieren, solange es vorher in ein anderes Produkt eingebaut wird. In den Exportstatistiken taucht dann nur das Land auf, das das Kriegsmaterial weiterverarbeitet hat – also in der Regel reiche Demokratien, sodass diese Exporte auf viele Menschen harmlos wirken.

Bei der zweiten Kategorie, also den gefährlichen Unrechtsregimes, stehen vor allem Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hervor. Solche Länder waren der Fokus der Korrektur-Initiative, die in der Form eines Gegenvorschlags auf den 1. Mai in Kraft tritt. Beide Länder sind autoritär, haben keine Meinungs- oder Pressefreiheit, beuten Frauen und Arbeitsmigrant*innen unter sklaverei-ähnlichen Bedingungen aus, oder einfach zusammengefasst: Beide Länder verletzen die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend. An Länder die das tun darf bis April laut Kriegsmaterialverordnung kein Kriegsmaterial exportiert werden, ab Mai laut Kriegsmaterialgesetz. Beide Länder sind am Bürgerkrieg in Yemen beteiligt und auch die

Beteiligung an einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt ist ein zwingender Grund, jegliche Kriegsmaterialexporte an ein Land zu stoppen. Auch dieser Grund war bis April in der Kriegsmaterialverordnung verankert und ab Mai dank der Korrektur-Initiative im Kriegsmaterialgesetz. Zusätzlich zu den expliziten Ausschlusskriterien steht auch der ganze Gesetzesabsatz zu den Bewilligungskriterien unter dem Grundsatz, dass «die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit

und der regionalen Stabilität» zu berücksichtigen sind. Auch da ist es klar, dass dies bei Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ignoriert wird. Es wird sich im nächsten Quartal zeigen, ob die hohen Exporte an Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Umgehungsgeschäfte waren, die noch vor Inkrafttreten der Korrektur-Initiative getätigt wurden, oder ob das Seco auf Anweisung des Bundesrates auch weiterhin solche illegalen Exporte bewilligt.

Bei den Rüstungskonzernen klingelt die Kasse. Foto: © GSoA



INTERNATIONAL

MENSCHENRECHTSWIDRIGE REKRUTIERUNGS-PRAKTIKEN IM JEMEN-KRIEG

Wenn Kinder gegen Kinder kämpfen

Über 150'000 getötete Menschen, 4 Millionen Vertriebene und 20 Millionen Menschen, die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind: Dies ist die Bilanz von sieben Jahren Bürgerkrieg in Jemen. Dieser wurde losgetreten, als 2014 die vom Iran unterstützten Huthi die jemenitische Hauptstadt Sanaa einnahmen und die Regierung ins Exil zwangen. Eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition kämpft seit Anfang 2015 auf der Seite der Regierung, um diese wieder an die Macht zu bringen und den iranischen Einfluss zurückzudrängen. FABIO BRIANTE

In den erbitterten Kämpfen wurden Zehntausende Soldaten getötet, verstümmelt oder verletzt. Um ihre Verluste auszugleichen, haben beide Konfliktparteien Tausende Kinder zu Soldaten gemacht. Mittels finanzieller Versprechungen, ideologischer Indoktrination, Erpressung, Gewalt und Entführungen werden Kinder ihren Familien entrissen und zum Töten ausgebildet.

Die tatsächliche Zahl der rekrutierten Kinder liegt im Dunkeln. Das jemenitische Menschenrechts-Ministerium schätzt, dass die Huthi seit Beginn des Bürgerkriegs 30'000 Kinder rekrutiert haben. Ein hochrangiger Huthi-Kämpfer gab 2018 gegenüber Al-Jazeera bekannt, dass sie 18'000 Kinder rekrutiert und für den Kampfeinsatz ausgebildet hätten. Gemäss einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Euro-Med HRM sollen die Rebellen zwischen 2018 und 2020 zudem 52 Ausbildungslager eröffnet haben, die gezielt auf Kinder ab 10 Jahren ausgerichtet waren.

Im April diesen Jahres haben die Rebellen zwar einen Aktionsplan der Vereinten Nationen zum Ausstieg aus dieser ungeheuerlichen Praxis unterschrieben. Neueste Videos und Zeugnisaussagen zeigen jedoch, dass die Vereinbarung zum Schutz von Kindern mit Füßen getreten wird. So ging auch während der vereinbarten Waffenruhe die Rekrutierung, Ausbildung und Verlegung von Kindersoldaten weiter.

Auch für die jemenitische Regierung und die Arabische Koalition stehen und sterben bewaffnete Kinder an den vordersten Frontlinien. Bereits unter Ali Abdullah Saleh akzeptierte das jemenitische Militär Kinder unter 15 Jahren in ihren Reihen. Gemäss Euro-Med HRM geht die Rekrutierung von Kindern trotz der Unterzeichnung mehrerer internationaler Kinderrechtsabkommen, das jüngste aus dem Jahre 2018, weiter. Zudem setzt die saudische Armee Jungen und Mädchen aus dem Sudan im Jemen ein. So werden nach Angaben der Organisation

SOS-Kinderdörfer vorwiegend in der Darfur-Region Söldner für Kampfeinsätze im Jemen angeworben, darunter Hunderte Kinder.

Bislang sind im Krieg über 10'200 Kinder getötet oder verstümmelt worden, und es ist unklar, wie viele davon als Kindersoldaten ihr Leben lassen mussten. Ebenso unklar ist, wie

viele von ihnen von einem anderen Kind erschossen oder verletzt wurden. Ohne nennenswerten internationalen Druck ist zu befürchten, dass die katastrophale humanitäre Lage weiterhin gnadenlos ausgenutzt und das Elend der Menschen zum Kapital der Kriegstreibenden gemacht wird.

Foto: ©Pixabay, jones814



Gedanken zum Israel-Palästina-Konflikt

(ws) Gerade war der Israel-Palästina-Konflikt wieder in den Schlagzeilen, als es zu einer Gewalteskalation mit Bomben und Raketen kam und einige palästinensische Zivilist*innen getötet wurden. Dass es allerdings jede Woche zu Toten kommt, dringt nicht bis in unsere Medien durch – vor allem seit dem Krieg in der Ukraine. Wovon wir hören, ist nur immer die eskalierende Gewalt. Dabei ist der Konflikt viel komplexer: Es kämpfen nicht nur die Hamas oder nun der islamische Dschihad gegen den Staat Israel, sondern es gibt auch immer wieder Gewalttaten in der Zivilbevölkerung, aber auch auf beiden Seiten zivilen Widerstand gegen die Machthaber. Und es gibt zivilgesellschaftliche Initiativen, die die vielen Gräben überwinden. Denn es ist vielen klar, dass sich etwas ändern muss: Die vielen Toten, die Versorgungssituation in palästinensischen Gebieten, der exzessive Siedlungsbau, die Vertreibungen, die systematischen Menschenrechtsverletzungen – all dies kann nicht so weitergehen. Denn wer leidet, ist die Zivilbevölkerung. Um dem Leiden ein Ende zu bereiten, müssen in meinen Augen zwei Dinge geschehen: Zuerst muss anerkannt werden, dass Israel am längeren Hebel sitzt – und zwar bei weitem. Der Staat Israel hat

eine der teuersten und am besten ausgerüsteten Armeen der Welt, erhält immer wieder finanzielle Unterstützung der USA, importiert Kriegsmaterial aus diversen europäischen Staaten und hat selber eine der potentesten Rüstungsindustrien. Natürlich hängt Frieden von allen Konfliktparteien ab. Aber zu suggerieren, beide Seiten hätten die gleiche Macht und damit die gleiche Verantwortung, ist falsch. Und die internationale Gemeinschaft, die ja immer wieder betont, wie wichtig Frieden sei, liefert weiterhin fleissig Kriegsmaterial. So bezahlt die Zivilbevölkerung für den Profit der Rüstungsindustrie mit ihrem Leben.

Zweitens muss anerkannt werden, dass ein Eingreifen des sogenannten «Westens» kaum zielführend ist. «Friedenspläne» wie derjenige von Trump sind nur kontraproduktiv. Und auch die Grundannahme aufrechtzuerhalten, dass die Zweistaatenlösung die einzige Lösung sei, ist schädlich. Sich auf einen Lösungsansatz, der seit Jahrzehnten nicht realisiert wird, zu versteifen, führt zu nichts. Es wäre nötig, Alternativen zu erforschen und aufzuzeigen und vor allem den Menschen in Palästina und Israel zuzuhören und auf ihre Bedürfnisse einzugehen. Nur so kann ein nachhaltiger Frieden in der Region erreicht werden.

AUFWIND FÜR DIE NATO

Die NATO, eine Bedrohung für den Weltfrieden

Der Krieg in der Ukraine scheint der NATO neues Leben einzuhauchen. Doch wir sollten uns daran erinnern, dass die imperialistische Militärorganisation nicht nur eine Bremse für den Weltfrieden darstellt, sondern eine regelrechte Bedrohung. DAVID RACCAUD

Der Ukrainekrieg hat alle Aufmerksamkeit auf die NATO gelenkt. Die Organisation wurde nach dem zweiten Weltkrieg durch die westlichen Mächte als Reaktion auf die Machtzunahme der Sowjetunion gegründet. So hat der kapitalistische Westen eine Strategie ausgearbeitet, um der Propaganda der sozialistischen Ideologie Einhalt zu gebieten und die NATO ist das militärische Instrument dazu.

Die NATO wurde ursprünglich als Militärpartnerschaft zwischen den grössten kapitalistischen Nationen gegründet. Allen voran stehen da die USA. Unter dem Deckmantel der «kollektiven Sicherheit» ging die NATO ihrer Raison d'Être nach: die UdSSR und andere sozialistische Staaten in Mittel- und Osteuropa einzukreisen.

So hat der Westen ein Narrativ geschaffen, wonach Westeuropa der militärischen Bedrohung der Sowjetunion ausgesetzt sei.

Nach dem Fall der Sowjetunion Anfang der 1990er und dem Zusammenbruch anderer sozialistischer Systeme in Mittel- und Osteuropa hätte die NATO eigentlich aufgelöst werden sollen. Doch dem war nicht so. Sie wurde umgebaut und erweitert, um den Macht- und Imperialismusansprüchen der USA zu dienen. Diese wollten eine neue, unipolare «Weltordnung» schaffen. Es ist beinahe ironisch: die NATO griff militärisch nie formell während des Kalten Krieges ein. Damit begann sie erst nach dem Fall der Sowjetunion.

Um es ganz klar zu sagen: die NATO hat aus

Zerstörung und Instabilität ihr Markenzeichen gemacht. Hierzu gibt es zahlreiche Beispiele: mehr als 500 Zivilist*innen haben ihr Leben wegen blinden Bombardierungen im Kosovo verloren. Der Afghanistankrieg hat mehr als 170'000 Menschen zwischen 2001 und 2019 das Leben gekostet. Mehr als 46'000 von ihnen waren Zivilist*innen. Oder aber die von den USA angeführte Militäroperation im Irak, die mehr als 1,5 Millionen Todesopfer mit sich gebracht hat zwischen März 2003 und 2010, darunter 80% Zivilist*innen. Diese Zahlen berücksichtigen übrigens weder die indirekten Todesfälle noch die Zerstörung der durch diese Konflikte hervorgerufenen erzwungenen Migration und geopolitischen Instabilität.

Seit dem Fall der Sowjetunion wurde die NATO ein Mittel, um die imperialistischen Ziele der USA und des Westens zu erreichen. Die Ausweitung der NATO und ihr konstantes Ein-

mischen ins Weltgeschehen sind eine klare Bedrohung für den Weltfrieden. Anstelle der «kollektiven Sicherheit», die sie versprochen hatte, brachte die NATO den Nationen, die den amerikanischen Interessen entgegen stehen nur Unsicherheit. Ihre materiellen Bedürfnisse und ihr Haushalt von mehr als 100 Milliarden Dollar hat bloss die Kassen der Rüstungsfirmen gefüllt. Diese Gelder hätten in soziale Programme investiert werden können, was das Leben und die Umstände der Menschen vor Ort verbessert hätten.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ist in der Expansionslogik der Militärallianz zu sehen. Wir stellen uns ganz klar gegen diesen Krieg. Dieser muss sofort beendet werden und die Kriegsparteien müssen den Dialog aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir uns fragen, wie hoch die Kosten der NATO für die Menschheit sind. Wenn es einen Weltfrieden geben soll, muss die NATO aufgelöst werden.

MILITÄRJUNTA IN MYANMAR

Mit Gesichtserkennung gegen die Bevölkerung

Beim gewaltsamen Sturz der Regierung Myanmars am 1. Februar 2021 setzte sich der Oberbefehlshaber der Armee als Staatspräsident ein und versprach der Bevölkerung freie Wahlen. Mit der Auflösung des Parlaments und der gewaltsamen Festnahme gewählter Volksvertreter*innen trat er jedoch alle bisherigen Demokratisierungserfolge mit Füßen. Die Militärjunta macht seither keine Anstalten ihr zynisches Versprechen einzulösen – stattdessen verlängerte sie den Ausnahmezustand bis 2023 und baut den Überwachungsstaat aus. FABIO BRIANTE

DAS RINGEN UM DIE KONTROLLE IM LAND

Trotz ihres äusserst brutalen Vorgehens gelang es der Militärjunta bislang nicht, die absolute Macht im Land zu erlangen. Neben dem bewaffneten Widerstand ethnischer Minderheiten und der im Mai 2021 gegründeten Volksmiliz widersetzen sich auch weiterhin grosse Teile der Bevölkerung mit gewaltfreien Mitteln. Sie

verweigern der Junta ihre Dienste und halten mit wagemutigen Protestaktionen eine friedliche Demokratiebewegung am Leben. Auch wenn sich die Mittel deutlich unterscheiden stellen für die Militärregierung beide Arten des Widerstands eine terroristische Bedrohung dar.

Im Ringen um die Kontrolle setzt das Militär unter anderem auf Überwachung. Bereits mehrere Monate vor dem Putsch wurden Telekom-

und Internet-Anbieter angewiesen Späh-Software zu installieren, die es dem Militär erlaubt Anrufe abzuhören, Textnachrichten und E-Mails mitzulesen, den Internetverkehr zu überwachen und Nutzer-Standorte zu verfolgen.

ÜBERWACHUNG NACH CHINESISCHEM VORBILD?

Nun soll «zur Wahrung des Friedens und dem Schutz der Bevölkerung» in allen Teilen des Landes chinesische Überwachungstechnologie installiert werden. Über inländische Firmen beziehen lokale Autoritäten Gesichtserkennungskameras von Dahua, Huawei und Hikvision. Diese Firmen entwickelten jene Gesichtserkennungstechnologien, die zur Verfolgung der Uigurischen Minderheit eingesetzt werden.

Noch ist zwar unklar mit welcher Software die Kameras letztlich genau betrieben werden. Dennoch ist zu befürchten, dass diese auf «Terrorismusbekämpfung» ausgelegten Projekte einem ähnlichen Muster folgen werden wie wir es aus Xinjiang kennen. Die von den Kameras be-

reitgestellten Informationen können in Echtzeit mit Datenbanken abgeglichen werden. Mit künstlicher Intelligenz können die Systeme auf die «Erkennung bestimmter Ethnien» trainiert werden und mit geeigneter Software lassen sich sogar automatisch Alarme auslösen, wenn eine Kamera «verdächtige Personen» identifiziert. Die möglichen Fahndungsraster lassen hierbei genauso erschauern wie die bedenklich hohe Fehlerquote solcher Überwachungstechnologien.

OPPOSITION IN LEBENSGEFAHR

Mit solchen Systemen hat das Militär ein potentes Mittel in der Hand, um alle ihr unliebsamen Subjekte zu identifizieren und aufzuspüren. Demokratieaktivist*innen können dabei genauso zum Ziel werden wie unbeteiligte Zivilpersonen, die zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Wie ernst es werden kann, wenn man ins Visier der durch die Junta gesteuerten Scheinjustiz gerät, zeigt die jüngste Hinrichtung von vier Oppositionellen, die wegen «Terrorismus» zum Tode verurteilt wurden. Über hundert weitere warten in ihren Zellen auf die Vollstreckung des Todesurteils. Dank Chinesischer Technologie werden wohl etliche dazukommen.



Überwacht durch die Militärjunta. ©Wikimedia Commons

SCHWEIZ

Milliarden für die Armee

Anfang Mai folgte der Nationalrat dem Wunsch der sicherheitspolitischen Kommission, das Armeebudget jährlich um 2 Milliarden CHF aufzustocken. Dass es sich um einen willkürlichen und unrealistischen Geldbetrag handelte der niemandem hilft, interessierte weder das Parlament, noch VBS-Vorsteherin Viola Amherd. JONAS HEEB

Keine Woche dauerte es, bis die bürgerlichen Parteien nach Putins Angriff auf die Ukraine nach Aufrüstung schrien. Diese ist jedoch nichts Neues auf der politischen Agenda von FDP und SVP. Der Krieg wurde schamlos ausgenutzt, um ebendiese Agenda durchsetzen zu können – leider sogar noch mit Erfolg. So muss das Armeebudget ab 2030 mindestens 1% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen, was einer Erhöhung von 2 Milliarden CHF entspricht. Ein absurd hoher Betrag, wenn man bedenkt, dass genau dieses Geld an anderen Orten wie dem Gesundheitsbereich oder Klimaschutz fehlen wird. Bundesrätin und Verteidigungsministerin Viola Amherd, die den Vorstoss stark befürwortete, behauptete das Gegenteil. Doch Fachkräfte schüttelten darüber nur den Kopf und selbst Finanzminister und ehemaliger VBS-Vorsteher Ueli Maurer kündigte mit diesem Entscheid ein riesiges Finanzloch im Staatshaushalt an.

WAS BRINGTS?

Doch dieser Entscheid ist nicht nur finanzpolitisch und moralisch ein Problem. Er wird weder die Menschen in der Schweiz, geschweige denn die Leute in der Ukraine sicherer machen. Die Schweiz hätte durchaus Hebel dafür, zum Beispiel indem man hierzulande die Finanzierung von Russlands Rohstoffhandel stoppen würde, der zu grossen Teilen über die Schweiz läuft und Putins Krieg mitfinanziert. Stattdessen begeben wir uns in eine blinde Aufrüstungsspirale. Blind deshalb, weil niemand genau weiss,

wofür das Geld genau ausgegeben werden soll. Während bürgerliche Politiker*innen bei sozialen Ausgaben keinen Franken über dem Bedarf ausgeben möchten, fehlten bei diesem Entscheid jegliche Auslegeordnungen oder Bedürfnisanalysen. Wenn es um Aufrüstung geht ist es trotzdem kein Problem, festzulegen wie viel Geld die Armee 2030 auszugeben hat. Kommt hinzu, dass sich die Armee in der Vergangenheit durch Verspätungen, Teuerungen und Untauglichkeiten nicht als gute Investorin bewiesen hat.

OFFENER BRIEF GEGEN SINNLOSE AUFRÜSTUNG

Kurz bevor auch der Ständerat diesen Vorstoss gutgeheissen hat, lancierte die GSoA gemeinsam mit einem Bündnis aus Kulturschaffenden und Hochschulvertreter*innen einen offenen Brief an Viola Amherd. Die Forderung: Keinen Rappen mehr für eine sinn- und planlose Aufrüstung der Armee. Über 1500 Leute unterzeichneten den Brief innerhalb weniger Tage. Natürlich blieb er ungehört. Es gäbe noch so viel dazu zu sagen. Etwa, dass mit dem Geld die Schweiz bis 2050 klimaneutral gestaltet werden könnte – ohne Mehrkosten für die Bevölkerung. Oder dass das BIP überhaupt kein geeigneter Faktor ist, um das Armeebudget festzulegen. Die Armee kostet die Steuerzahler*innen durch finanzpolitische Tricks übrigens heute schon mehr als es scheint. Wir werden darauf zurückkommen, wenn es ans Sparen geht und sich die Armee mit weiteren gescheiterten Investitionen rumschlagen muss.

SRI LANKA

Sturz eines Kriegsverbrechers

In Sri Lanka hat ein Volksaufstand einen Autokraten gestürzt, der zuerst die tamilische Minderheit massakriert und dann die singhalesische Mehrheit unterdrückt hat. JOSEF LANG

Einer starken und gewaltlosen Demokratiebewegung in Sri Lanka ist es Mitte Juli gelungen, gegen militärische und polizeiliche Repression das Familien-Regime der Rajapaksas zu stürzen. Der Hauptgrund für die Proteste war eine dramatische Wirtschaftskrise, die durch Verschuldung und Nepotismus verschärft wurde. Die Bewegung breitete sich aus, als Armee und Polizei gegen die friedlichen Teilnehmer:innen Prügel, Tränengas und Schusswaffen einzusetzen begannen. Das symbolische Zentrum des Aufstandes, der Mitte März begonnen hatte, war ein Zeltdorf in Colombo. Nach dem Sturz der Rajapaksas, was das erste Ziel der Bewegung gewesen war, befahl der neue Präsident, der ebenso korrupte Ranil Wickremesinghe, den Soldaten und Polizisten die Erstürmung des Zeltdorfes. Die Aufständischen nehmen nun einen neuen Anlauf für eine neue Regierung und vor allem eine neue Verfassung.

Die Rajapaksas waren übermächtig geworden

mit dem Sieg über die Tamil Tigers, die für die nationalen Rechte der tamilischen Minderheit gekämpft hatten. Dabei machte sich die Armee schwerster Kriegsverbrechen schuldig. Die UNO sprach in einer Untersuchung 2018 von einem «fürchterlichen Ausmass von Gewalttätigkeiten und Misshandlungen.» Auch den Tigers wurden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen angelastet.

Die gleichen Singhales:innen, die das nationalistische Regime unterstützt hatten, wurden nun zum Opfer dessen erstarkten Armee. So wurde deren Präsenz ab Mitte Mai derart stark, dass viele Aufständische eine Machtübernahme durch das Militär befürchteten. Sri Lanka bestätigt die Warnung von Karl Marx an die englischen Arbeiter*innen unter Verweis auf Irland: «Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein». Friedrich Engels hatte dem beigefügt: «Die Macht, deren es zur Unterdrückung der anderen bedarf, wendet sich schliesslich gegen es selbst.»

DIE LETZTE

HAUSDURCHSUCHUNGEN BEI KLIMAAKTIVIST*INNEN

Armeekritiker*innen sind Terrorist*innen!

Nachdem die Waadtländer Sektion des Klimastreiks 2020 zu einem Militärstreik aufgerufen hatte, wurden die Wohnsitze zweier ihrer Mitglieder Juni 2021 von der Bundespolizei durchsucht. Die Tageszeitung «24 Heures» hat im Juli in einem Artikel das zusammengefasst, was für die GSoA ein Staatsskandal und eine Gefahr für die Demokratie ist.

MAXIME WEISSBAUM

Es beginnt alles mit Jean-Luc Addor, SVP-Nationalrat – denn nur durch seine Starrköpfigkeit wurde dieser Fall zu dem, was er schlussendlich wurde. Der Walliser Volksvertreter hatte zuerst den Aufruf zum Dienststreik des Klimastreiks beim Bundesrat verurteilt. Dieser sah keinen Handlungsbedarf. Danach kontaktierte Herr Addor die Bundesanwaltschaft, die seine Bitte so ernst nahm, dass sie die FEDPOL einschaltete. Man sieht also, dass es einer ganz speziellen

Auslegung des Gesetzes bedurfte, um die Hausdurchsuchung zu bewilligen. Die Entscheidung war umso willkürlicher, da es Bundesrätin Karin Keller-Sutter höchstpersönlich war, die dem Bundesanwalt das grüne Licht gab, um die Ermittlungen weiterzuführen.

Der Artikel von «24 Heures» gibt Details zu den Überwachungsmethoden des Nachrichtendienstes: es seien unter anderem WhatsApp-Unterhaltungen der Waadtländer Juso benutzt

worden, deren Mitglied eine der verdächtigsten Personen war. Die benutzte Technologie sei dieselbe, wie die des FBI. Doch hier geht es nicht um eine Massenschliesserei oder um sonstige schreckliche Verbrechen – lediglich um die Infragestellung der Schweizer Armee so, wie sie heute ist.

Was sind denn die Forderungen des Klimastreiks? Dass die Armee ethisch vertretbarer, ökologischer und sozialer wird. Es gab schon staatsicherheitsgefährlichere Forderungen. Die CEOs von Lonza und Holcim, die grössten Schweizer Verschmutzer werden nie eine Hausdurchsuchung befürchten müssen, trotz Klimakrise. Die Armee ist ja auch ziemlich gut, wenn es ums Verschmutzen geht. Nun gut, die Mittel, die während dieser Ermittlungen eingesetzt wur-

den, zeigen, dass die Argumente der Gegner des Nachrichtendienstgesetzes und des PMT – zu denen auch die GSoA gehörte – eben zum Teil doch stichhaltig waren. Was eine Gefahr für das Land darstellt und was nicht ist eben sehr subjektiv.

Konkret hat der Klimastreik dazu aufgerufen, keinen Militärdienstpflichtersatz zu bezahlen und den Einrückungsbefehl nicht zu befolgen in Fällen, wo Zivildienst keine Option ist. Zu beachten ist jedoch, dass die AktivistInnen konkrete und kohärente Lösungsvorschläge präsentierten. Zum Beispiel die Einführung eines Klimadienstes, eine Erweiterung des Zivildienstes auf den Umweltbereich. Die Probleme unserer Zeit werden ein solches System für unsere Gesellschaft absolut essentiell machen – eine Tugend, die die Armee nur schwer aufbringen kann.

Verabschiedung und Begrüssung

Ende April mussten wir uns von **Moritz Lang** verabschieden. Nach jahrelanger Arbeit bei der GSoA, geprägt von unermüdlichem Einsatz für viele Grossprojekte sowie von der Verwaltung der Finanzen wird Moritz ganz bestimmt dem gesamten Seki-Team fehlen. Wir könnten ihm für zahlreiche Projekte und Veranstaltungen danken. Doch besonders unterstreichen sollten wir die Korrektur-Initiative, die zu einem konkreten Erfolg geführt hat, denn der Gegenvorschlag wurde angenommen, sowie alle juristischen Ratschläge, die er gegeben hat. Zusammen mit seiner guten Laune machten diese Eigenschaften ihn zu einem so kompetenten wie unverzichtbaren Mitglied unseres Sekretariats.

Einige Monate später mussten wir **Jonas Kampus** auf Wiedersehen sagen. Er hat nach mehr als zwei Jahren beim Seki in Zürich einen anderen beruflichen Weg eingeschlagen. Sein pausenloser Einsatz im Kampf gegen den F-35 Kauf, seine Lebhaftigkeit und seine Begabung für Kommunikation und politische Arbeit werden in der Geschichte der GSoA als Beispiel für einen aktivisti-

schen und überzeugten Einsatz für eine bessere Welt bleiben. Wir wünschen Moritz und Jonas von ganzem Herzen alles Gute für die Zukunft und freuen uns auf weitere Zusammenarbeit in anderen Kontexten.

Das Sekretariat in Bern hiess **Fabio Briante**, den Nachfolger von Moritz, herzlich willkommen. Fabio hat gerade mit seiner Dissertation in Philosophie begonnen und sich bereits durch seinen Beitrag zu konsequenter politischer Arbeit ausgezeichnet. Die Schnelligkeit, mit der er die Buchführung und andere administrative Tätigkeiten erlernt hat, machen ihn zu einem noch angenehmeren Kollegen.

Maxime Weissbaum stiess im Juli in Genf dazu, und vergrösserte so das Seki. Der Freiburger ist Politikwissenschaftsstudent an der Uni Lausanne und Co-Präsident der JUSO Freiburg. Seine Fähigkeit, die Politik zu analysieren sowie seine Motivation wurden bereits mit Freuden in Empfang genommen. Wir hoffen, so die Präsenz der GSoA in der Romandie weiter zu stärken. Das gesamte Seki-Team begrüsst ganz herzlich Fabio und Maxime!

GREGOR, das glückliche Gewehr



Bestellatalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
	T-Shirtf «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
	Kleber			kostenlos	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:				
	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.–	
	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.–	
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.–
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.–	<input type="checkbox"/> Fr. 20.–	<input type="checkbox"/> Fr. 10.–
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop